



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 13.05.2013

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Howe, Carl-Wilhelm - Bü90

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Schubert, Hans-Jürgen - Bü90

Eymer, Dr. Burkhard - CDU

Freitag, Dirk - CDU

Goldschmidt, Nico - FDP

Vertretung für: Herrn Rathcke,
Thomas

Hovestädt, Wolfgang - SPD

Vertretung für: Herrn Hiller, Reinhold

Lötsch, Christopher - CDU

Pluschkell, Ulrich - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Brock, Dr. Ulrich - CDU

Förster, Ilsabe - SPD

Klüssendorf, Tim - SPD

Mewes, Anne - SPD

Schönherr, Robert - LINKE

Vertretung für: Herrn Michaelis, Jens

Stüttgen, Tim - LINKE

Beratendes Mitglied

Heitmann, Marion - Freie Wähler

Rosenbohm, Dieter - BfL

Verwaltung

Boden, Senator Franz-Peter - FB 5 - Planen und Bauen
Klotz, Dr. Stefan - Stadtgrün und Verkehr
Schröder, Karsten - Stadtplanung
Schellenberger, Rainer - GMHL
Dilba, Iris - Stadtplanung
Stolte, Christian - Stadtplanung
Langentepe, Marc - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Gäste

Dowidat, - Nur ÖT

Sonstige Personen

Wandzik, Carolin - GEWOS Nur ÖT
Bade, Erika - Behindertenbeauftragte Nur ÖT
Maertens, Gerd - Seniorenbeirat Nur ÖT
Zander, Klaus-Dieter - Seniorenbeirat Nur ÖT

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Hiller, Reinhold - SPD abwesend
Quirder, Harald - SPD abwesend
Rathcke, Thomas - FDP abwesend

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Michaelis, Jens - LINKE abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlußfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 29.04.2013
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
 - 2.1. Bebauungsplan 10.03.00 - Blankensee/ Gewerbepark Flughafen - Teilungsbeschluss
Bebauungsplan 10.03.00 - Blankensee/ Gewerbepark Flughafen, TB I -
Auslegungsbeschluss
Vorlage: VO/2013/00508
3. sonstige Beschlussvorlagen
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.2.1. Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung der
Hansestadt Lübeck und des Behindertenrates über die Tätigkeit im Jahr 2012
Vorlage: VO/2013/00527
 - 4.2.2. Mdl. Bericht: Sachstandsbericht Stadtschule Travemünde
 - 4.2.3. Teilkonzept 2: Wohnungsmarktkonzept
Vorlage: VO/2013/00531
 - 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
 - 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen

5.3. Anträge

5.3.1. Straßenuhren erhalten; Antrag aus der Bürgerschaft vom 29.03.2012
Vorlage: VO/2013/00528

13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

TOP 1.1 Feststellung der Beschlußfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

TOP 1.2 Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden TOP:

4.2.2 Mdl. Bericht Sachstandsbericht Stadtschule

4.2.3 Teilkonzept 2: Wohnungsmarktkonzept

8.3 Beginn der Ausschreibung von Bauleistungen über 175.000 EUR Zeughaus, Sanierung Dach, Gewerk: Dachdeckungs- u. Dachabdichtungsarbeiten

10.1 Vergabe eines Ingenieurauftrages zur Bauwerksprüfung nach DIN 1076 (5.660)

Weiterhin bittet die Verwaltung um Absetzung der folgenden TOP:

1.3 Niederschriften, öffentlich vom 29.04.2013

6.1 Niederschriften, nicht öffentlich vom 29.04.2013

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie von der Verwaltung vorgeschlagen einstimmig.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 29.04.2013

Abgesetzt.

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

TOP 2.1 **Bebauungsplan 10.03.00 - Blankensee/ Gewerbepark Flughafen - Teilungsbeschluss Bebauungsplan 10.03.00 - Blankensee/ Gewerbepark Flughafen, TB I - Auslegungsbeschluss Vorlage: VO/2013/00508**

Herr Schubert verweist auf seinen vorab umverteilten Antrag und führt die verschiedenen Antragspunkte näher aus. Durch die Teilung des B-Plans seien insbesondere die Punkte 4- 6 von Bedeutung. Er bittet in diesem Rahmen um neue Stellungnahmen (s. Pkt. 4), eine gesonderte Darstellung von Bindungswirkungen (s. Pkt. 6) sowie darum, dass die Studien ‚Lutz 2013a‘ und ‚Lutz 2013b‘ dem Bauausschuss zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Antrag zu Vorlage VO/2013/00508 (TOP 2.1) *B-Plan 10.03.00 – Blankensee / Gewerbepark Flughafen*

Es wird beantragt, der B-Plan 10.03.00 wird wie folgt geändert und ergänzt:

1.
Die B-Planung Blankensee / Gewerbepark Flughafen wird aus dem geltenden Flächennutzungsplan – bzw. nach einer Neuauftellung des F-Plans – aus dem nächsten geltenden F-Plan abgeleitet.
2.
Im vorhandenen Wasserschongebiet erfolgt im Interesse der Grundwasserneubildung keine Bodenversiegelung über den gegenwärtigen Stand der Versiegelung hinaus.
3.
Der B-Plan wird dahin gehend abgeändert, dass eine Beeinträchtigung des Naturschutz- und FFH-Gebietes Grönauer Heide nicht erfolgt. (Die Aussage auf Seite 8 der B-Plan-Begründung, ‚die Schutzgebiete werden durch diesen Bebauungsplan nicht beeinträchtigt‘, ist falsch).
4.
Vor einem Beschluss über die vorgelegte Neuplanung 10.03.00 werden aktuelle Stellungnahmen von UNB, Luftfahrtbehörde, Deutsche Flugsicherung und ggf. weiteren thematisch befassten Behörden eingeholt.
5.
Vor einem Beschluss werden den Gremienmitgliedern die Studien ‚Lutz 2013a‘ und ‚Lutz 2013b‘ (zumindest in elektronischer Form) rechtzeitig zu Kenntnisnahme und Meinungsbildung vorgelegt.
6.
Aus dem Planfeststellungsbeschluss zur Flughafen-Erweiterung ggf. ausgehende Bindungswirkungen auf die B-Planung 10.03.00 werden in einem gesonderten Abschnitt zusammengestellt.

7.

Die neue Absicht einer Industrieansiedlung im Gewerbepark möge durch eine Darstellung der beabsichtigten Produktionsprozesse, Bedarfsbegründung, Auflagen und Alternativen erläutert werden.

Herr Schröder teilt mit, dass bereits Abstimmungen mit der Luftaufsichtsbehörde erfolgt sind und eine Beteiligung im weiteren Verfahren erfolgen werde. Er plädiert dafür die Vorlage nicht zu vertagen, da die im Antrag ausgeführten Punkte größtenteils noch im weiteren Verfahren bearbeitet werden können. Weiterhin erklärt Herr Schröder, dass man den B-Plan aufgrund des Zeitdrucks zur geplanten Errichtung der Glasfaserfabrik geteilt habe und sich der Teilbereich I in Übereinstimmung mit dem FNP befinde.

Herr Senator Boden führt auf eine Nachfrage von Herrn Schubert ergänzend aus, dass alle Anregungen und Bedenken im weiteren Verfahren gesammelt und analysiert werden. Ggf. würden dann entsprechende Änderungen vorgenommen werden. Weiterhin sagt er zu, dass die Punkte von Herrn Schubert im weiteren Verfahren bedacht würden.

Herr Lötsch führt aus, es sei wichtig, dass heute ein Beschluss gefasst würde. Er schlägt vor den Antrag seitens Herrn Schubert lediglich als Fragenkatalog aufzunehmen, da alles andere eine Wertung des Bauausschusses bedeuten würde und er dies nicht mittragen könne.

Herr Schubert merkt an, die Punkte 2 und 3 würden beinhalten, dass keine Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung erfolge und er diese als Antrag aufnehmen wolle.

Herr Senator Boden merkt dazu an, entweder gehe die Liste vollständig als Fragenkatalog oder als Antrag mit einer Abstimmung des Bauausschusses ein.

Herr Pluschkell teilt dazu mit, dass es sich s. E. um eine angemessene Vorlage handele und er keinen Grund sehe das Verfahren durch etwaige Anträge zu blockieren.

Herr Goldschmidt merkt außerdem an, dass er seine Zustimmung nicht geben könne, wenn die Punkte 2 und 3 als Festlegungspunkte aufgenommen werden.

Herr Dr. Brock merkt ergänzend an, dass niemand eine Interesse an einer Bodenversiegelung habe und es s. E. ausreichend sei, die Liste von Herrn Schubert als Anregung aufzunehmen.

Nach kurzer Absprache teilt Herr Schubert mit, dass er bei Zusage einer präzisen Abarbeitung der aufgelisteten Punkte damit einverstanden sei, dass die Liste als Fragenkatalog bzw. als Anregung aufgenommen wird.

Herr Howe bittet darum die Einrichtung von Gründächern als zusätzlichen Prüfpunkt aufzunehmen.

Herr Senator Boden sagt dies zu.

Frau Dowidat bittet um Rederecht, welches ihr von den Mitgliedern des Bauausschusses gewährt wird.

Frau Dowidat merkt an, dass Sie die Höhenangaben irritierend finde, da an dem Standort bereits Bäume, die nicht so hoch waren, aus Luftsicherungsgründen gekappt wurden.

Weiterhin fragt sie nach, was es mit der Teilung des B-Plans auf sich habe.

Herr Schröder erläutert die Teilung des B-Plans und merkt an, dass damit die Grundlage für eine beschleunigte Abwicklung des B-Planverfahren (ohne FNP-Änderung) ermöglicht werde.

Herr Goldschmidt merkt zu einer weiteren Nachfrage von Frau Dowidat an, dass die Unterlagen im Internet heruntergeladen werden können, da es sich um eine öffentliche Vorlage handele.

Herr Schubert fragt nach, warum die Vorlage nicht in den Umweltausschuss gehe, woraufhin Herr Senator Boden mitteilt, dass der Bauausschuss die rechtliche Zuständigkeit bezüglich der Entscheidung über die Offenlage inne habe. Nach Auswertung der Anregungen vor dem Satzungsbeschluss werde der Umweltausschuss wie üblich beteiligt.

Herr Lötsch bittet abschließend, die von Herrn Schubert eingebrachten Prüfpunkte beschlussfrei als Anregungen der Grünen-Fraktion ins Verfahren zu geben.

Der Bauausschuss stimmt diesem Verfahren zu.

Beschlussvorschlag:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans 10.03.00 – Blankensee / Gewerbepark Flughafen - wird entsprechend dem beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) in zwei Teilbereiche mit eigenständigen Bebauungsplänen geteilt. Für den westlichen Teilbereich wird das bisherige Bebauungsplanverfahren unter der Bezeichnung Bebauungsplan 10.03.00 – Gewerbepark Flughafen, Teilbereich I – fortgesetzt; für den östlichen Teilbereich wird das Bebauungsplanverfahren unter der Bezeichnung Bebauungsplan 10.05.00 – Gewerbepark Flughafen, Teilbereich II - weitergeführt.
2. Der Bauausschuss nimmt den für den Bebauungsplan 10.03.00 – Gewerbepark Flughafen, Teilbereich I – erstellten Auswertungsbericht zu den im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) zur Kenntnis.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes 10.03.00 – Gewerbepark Flughafen, Teilbereich I - und die zugehörige Begründung werden in den vorliegenden Fassungen (Anlagen 3 und 4) gebilligt.
4. Der Entwurf des Bebauungsplanes 10.03.00 – Gewerbepark Flughafen, Teilbereich I - und die zugehörige Begründung sind gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen.
5. Sollte der Entwurf des Bebauungsplanes nach der öffentlichen Auslegung geändert oder ergänzt werden, ohne dass die Grundzüge der Planung berührt werden, ist eine eingeschränkte Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a (3) Satz 4 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt die Vorlage einstimmig bei einer Enthaltung gem. Beschlussvorschlag.

TOP 3 sonstige Beschlussvorlagen

TOP 4 Mitteilungen und Berichte

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

TOP 4.2 sonstige Mitteilungen und Berichte

TOP 4.2.1 Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Hansestadt Lübeck und des Behindertenrates über die Tätigkeit im Jahr 2012 Vorlage: VO/2013/00527

Herr Pluschkell bedankt sich bei Frau Bade für den Bericht und das grundsätzlich stetige Engagement mit dem sie ihre Aufgaben wahrnimmt. Dies werde s. E. oft nicht genug gewürdigt.

Frau Bade bedankt sich für das Lob seitens Herrn Pluschkell und merkt an, dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und Politik immer besser werde.

Jedoch verweist sie auch auf den Fall der Dorothea-Schlözer-Schule und merkt an, dass sie keine Einladung zur Begehung hinsichtlich des Problems der schwergängigen Türen bekommen habe. Sie bittet darum in Zukunft früher eingebunden zu werden.

Weiterhin teilt Frau Bade mit, es habe sich ein 24 jähriger Mann bei ihr gemeldet, der hier ein Haus gekauft habe und dort zwei barrierefreie Wohnungen einrichten wolle. Er habe dahingehend gefragt wo er Hilfe bekommen könne.

Herr Senator Boden teilt mit, der Interessent solle sich bei der Bauverwaltung melden und sein Anliegen vortragen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.2 Mdl. Bericht: Sachstandsbericht Stadtschule Travemünde

Herr Schellenberger verteilt zu Beginn Bilder um, welche die Schäden dokumentieren. Er teilt mit, dass bislang lediglich eine Schadensermittlung erfolgt ist und jetzt im Mai werde eine entsprechende Konzeption ausgearbeitet. Diese Vorgehensweise mit dem entsprechenden Zeitplan der Untersuchung sei bei allen Beteiligten von Anfang an kommuniziert worden. Erst hiernach könne ein Zeitplan der Sanierung aufgestellt werden. Inzwischen liege außerdem eine Stellungnahme des Statikers vor. Ursache der Putzabplatzungen ist nach heutigen Gesichtspunkten ein nicht korrekter Putzaufbau. Ein Spritzbewurf für die bessere Haftung war nicht vorhanden. Des weiteren erfolgten Putzabsprengungen durch Aufrostern von Stahlblechelementen als verlorene Schalung der besonderen Deckenkonstruktion der Ziegelhohlsteindecke. Die Decke entspreche hinsichtlich der Machart nicht mehr der heutigen Norm (Hohlziegelbau). Herr Schellenberger führt weiter aus, dass 20% der Ziegelsteine beschädigt seien und eine Neuverputzung somit nicht möglich ist. Nun müsse die Tragfähigkeit weiter geprüft werden, dann werde ein Sanierungskonzept aufgestellt, woraus man dann auch einen Zeitplan ableiten könne. Einen statisch – rechnerischen Nachweis der Deckenkonstruktion könne nach den heutigen Vorschriften nicht mehr geführt werden. Die Altstatik ist nicht mehr vorhanden. Einen Nachweis der Tragfähigkeit kann nur über eine noch zu führende verfahrenstechnische anerkannte Probelastung über hierfür speziell eingerichtete Institute einer Materialprüfanstalt erfolgen (FH Lübeck). Dies ist noch für die 20. KW veranlasst worden. Es

kann jedoch schon jetzt festgestellt werden , dass unabhängig vom Ergebnis der Probelastung in jedem Fall wegen der teilweisen Schädigung der Unterseite der Ziegelhohlsteine der Deckenkonstruktion keine direkte Abhängung einer Unterdecke erfolgen kann. Diese muß frei gespannt von Wand zu Wand durch Einziehen von Trägern sich selbst tragen.

Herr Howe erkundigt sich, ob die Schulleitung entsprechend informiert wurde, da in Travemünde wohl bereits von einer Schließung der Schule geredet werde. Man müsse seitens der Verwaltung eine eindeutige Perspektive aufzeigen.

Herr Schellenberger merkt dazu an, dass die Schuleleitung natürlich informiert werde, es sei bereits ein Termin für morgen angesetzt.

Herr Howe fragt nach, ob bereits Mittel zur Verfügung stünden, woraufhin Herr Senator Boden klar stellt, dass die Schule nun mal saniert werden müsse und eine haushalterische Ordnung erfolgen werde.

Herr Lötsch merkt an, dass nun erneut zwei Wochen verstrichen seien und man immer noch nicht mehr wisse und man erst Ende des Monats mit der Aufstellung des Sanierungskonzeptes beginne. Es könne nicht angehen, dass die Schule nach den Ferien noch nicht fertig ist.

Herr Senator Boden merkt an, dass man das Verfahren denjenigen überlassen sollte, die auch die statische Verantwortung tragen und dass man so schnell wie möglich an der Sanierung arbeite.

Herr Lötsch erkundigt sich, ob man parallel arbeite, also gleichzeitig die Nachprüfung unternehme und die Ausschreibung/ Angebotseinholung für die neue Unterdecke veranlasse.

Herr Schellenberger bestätigt dies.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Plusckell wird durch Herrn Schellenberger beantwortet.

Herr Howe fasst abschließend zusammen, dass die Mittel zur Verfügung gestellt würden und der Bereich 651 mit voller Kraft an der Schulsanierung arbeite.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.3 Teilkonzept 2: Wohnungsmarktkonzept Vorlage: VO/2013/00531

Frau Wandzik (GEWOS) stellt das Wohnungsmarktkonzept anhand einer Präsentation vor (s. Anlage). Dabei geht sie insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

1. Analyse Rahmenbedingungen
2. Wohnungsmarktanalyse
3. Wohnungsmarktprognose
 - 3.1. Bevölkerungsprognose
 - 3.2. Prognose zur Entwicklung des Altersstruktur
 - 3.3. Haushaltsprognose
 - 3.4. Wohnungsmarktprognose
 - 3.5. Wohnungsmarktbilanz
 - 3.6. Neubedarf bis 2025
4. Teilräumliche Betrachtung
5. Analyse preisgünstiger Wohnraum
6. Handlungskonzept

Herr Dr. Brock stellt eine Verständnisfrage zu den Punkten 3.2. und 3.3., welche von Frau Wandzik beantwortet wird. Sie stellt die Prognosemethode vor.

Herr Dr. Brock fragt weiterhin nach, ob aktuelle Marktbedingungen bei der Kalkulation berücksichtigt wurden, was von Frau Wandzik negiert wird.

Zur Anmerkung von Frau Bade, sie vermisse die kostengünstigen, barrierefreien

Wohnungen/ Gebäude, verweist Frau Wandzik auf die „Ziele“ im Rahmen des Konzeptes. Herr Löttsch stellt eine Frage zu der Zufriedenheitsanalyse, welche durch Frau Wandzik beantwortet wird. Demnach werde die Zufriedenheit u. a. auch durch nicht veränderbare Faktoren wie z. B. die Lage bedingt.

Herr Löttsch erkundigt sich weiterhin, ob noch eine Liste mit Begründungen für die entsprechenden Werte vorliege und bittet darum diese nachzuliefern.

Herr Senator Boden sagt dies zu (*zwischenzeitlich erfolgt*).

Auf Nachfrage von Frau Bade teilt Herr Senator Boden außerdem mit, dass die Barrierefreiheit i. d. R. grundsätzlich berücksichtigt werde und dass es dahingehend in der Vergangenheit schon viele Verbesserungen gegeben habe und dieser Ansatz auch fortgesetzt werde.

Abschließend beantwortet Frau Wandzik noch eine Nachfrage von Herrn Goldschmidt, bezüglich der Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage seitens des Markts.

Im Anschluss an die Diskussion geht Frau Wandzik noch auf die folgenden Punkte ein:

- Potenziale Lübeck
- Entwicklungshemmnisse Lübeck
- Leitziele der Wohnungsmarktentwicklung (7 Handlungsfelder)

Eine Nachfrage seitens Herrn Stüttgen zur Nachhaltigkeit der aktuellen Zahlen wird durch Frau Wandzik und Herrn Senator Boden beantwortet.

Herr Rosenbohm merkt an, wenn man z. B. die Wachstumsvariante zu Grunde lege, dann wären zusätzliche Wohnungen erforderlich und erkundigt sich in diesem Zusammenhang, von welcher Variante die Verwaltung ausgehe.

Herr Senator Boden verweist dazu auf die sogenannte „obere Variante“ und merkt an, dass demnach zusätzliche Wohnungen gebaut werden müssten.

Herr Dr. Eymer merkt abschließend an, dass es zunächst lediglich darum gehe einen Ausblick darüber zu gewinnen, wie die kommende Entwicklung aussehen könnte und schlägt vor weitere Fragen zu einem späteren Zeitpunkt nach der Kommunalwahl im Herbst detailliert zu klären.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

5.1.1 Busbucht Krempelsdorfer Allee (TOP 12.2.1, 04.02.2013) (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell merkt an, die Straße liege an o. g. Standort tiefer als die Buseinbuchtung, was s. E. nach eine Folge der dortigen Straßensanierung sei. Der Stadtverkehr habe sich diesbezüglich auch an die Bauverwaltung gewendet, jedoch sei lediglich der Kantstein schräg abgefräst worden. Nun würden die Busse beim Einfahren in die Bucht noch immer über die nicht beseitigte Kante fahren. Herr Pluschkell fragt nach, wie man seitens der Bauverwaltung weiter vorgehen wolle, da die erste Maßnahme nicht zum erwünschten Erfolg geführt habe.

Vorläufige Antwort:

Herr Dr. Klotz sagt eine Beantwortung der Anfrage in einer der folgenden Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

Das zuständige Sachgebiet 5.660.3-2 Verkehrswegeneubau hat die Anfrage und den Sachverhalt geprüft und gibt dazu folgende Stellungnahme:

„Grundsätzlich war in der Fackenburger- / Krempelsdorfer Allee kein grundhafter Ausbau der Straße, sondern nur eine Erneuerung der Fahrbahn vorgesehen, die ursprünglich lediglich als reine „Deckensanierung“ geplant und im Förderprogramm enthalten war. Aufgrund des massiven und weit fortgeschrittenen Schadenbildes wurde dann aber doch für eine Sanierung über die reine Decke hinaus entschieden. Aus Kostengründen war aber dann eine Beschränkung auf die reine Fahrbahn Grundlage der Planung und Ausschreibung. Ein „Anfassen“ der Bordsteine und der Nebenflächen (Parkstreifen/ Gehwege) war nicht vorgesehen und hätte den Kostenrahmen gesprengt.

Nachdem die fahrdynamisch unbefriedigende Ausfahrsituation an der Bushaltestelle Reinsbeker Straße offenkundig geworden ist, sind umgehend und zur unmittelbaren Gefahrenabwehr und Mangelentschärfung ein Anschleifen der Borde veranlasst worden. Dies war aber zunächst nicht ausreichend, um insbesondere einen dauerhaften Busverkehr mit hohem Fahrkomfort gewährleisten zu können. Ein weiteres Nacharbeiten hat inzwischen dazu geführt, dass allein die Geräuscentwicklung beim Verlassen der Busbucht und beim Überfahren des immer noch bestehenden Höhenversatzes („Abrutschen“) eine Beeinträchtigung der Situation vor Ort darstellt.

Mit Schreiben vom 30.04.2013 hat der Stadtverkehr Lübeck nunmehr bestätigt, dass *„... zur Vermeidung des verbleibenden Versatzes und zur Reduzierung der Geräuscentwicklung bei der Ausfahrt eine Sanierung der gesamten Haltestelle wünschenswert wäre. In Anbetracht unserer Kenntnis über die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Sanierungsmittel, ist der derzeitige Zustand der Haltestelle akzeptabel. Wir werden den Ausbau der Haltestelle über die Arbeitsgruppe ÖPNV in das Ausbauprogramm aufnehmen lassen.“* (Original-Schreiben ist der Antwort in Kopie beigefügt).

Dieser Weg wird auch vom Bereich Stadtgrün und Verkehr, Sachgebiet 5.660.3-2 Verkehrswegeneubau, favorisiert. Denkbar ist zum Beispiel, die Busbucht in ein Haltestellenkap umzubauen. Dies erfordert zu gegebener Zeit allerdings noch ein förmliches Beteiligungsverfahren und die Zustimmung des Bauausschusses. Zugleich sind – im Zuge der Fortschreibung des Ausbauprogramms der Bushaltestellen – dann von der Politik die finanziellen Mittel bereitzustellen.“

Auf erneute Anmerkung und Nachfrage von Herrn Pluschkell teilt Herr Dr. Klotz mit, dass hier bisher zwar eine unbefriedigende Lösung vorliege, diese

laut Stellungnahme des Stadtverkehrs jedoch tragbar sei. Später werde dann vllt. ein Buskap eingerichtet werden. Dazu sei man auch als Straßenbaulastträger bereit.

Herr Pluschkell merkt an, ihm würde es eigentlich nur um die Wiederherstellung des alten Zustands gehen. Und sollte ein Baumangel vorliegen, so müsse eine entsprechende Nachbesserung seitens der entsprechenden Baufirma erfolgen.

Herr Dr. Brock merkt dazu an, dass es sich gem. der Ausführungen von Herrn Dr. Klotz um keinen Baumangel handle. Die Entscheidung, die zu dieser Lösung geführt habe, sei vom Bauherrn (HL) getroffen worden.

Herr Dr. Klotz bestätigt dies.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 KAG-Beiträge, An der Untertrave (Herr Freitag)

Herr Freitag erkundigt sich nach einem neuen Sachstand zu o. g. Thema.

Antwort:

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass diese Thematik in den nächsten Wochen geklärt werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Gebetsraum, Hochhaus Hansering (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell teilt mit, es sei an ihn herangetragen worden, dass in einem Gebäude an o. g. Standort ein Gebetsraum o. ä. eingerichtet wurde und erkundigt sich nach der Zulässigkeit.

Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine entsprechende bauordnungsrechtliche Prüfung zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Straßensanierung, Brodten/ Niendorf (Herr Howe)

Herr Howe fragt nach, ob die Sanierung in o. g. Gebiet noch in diesem oder im nächsten Jahr erfolgt.

Antwort:

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass diese s. E. im Jahr 2014 erfolgen werde, wenn Herr Howe die Frage aufgrund der Presseberichterstattung der letzten Tage („Was in Lübeck angepackt werden muss !“) nachfrage. Im Fall, dass sich Herr Howe auf die Freigabevorlage aus dem Februar 2013 beziehe, müsse die Maßnahme eigentlich Teil des diesjährigen Programms der Straßensanierung sein. Herr Dr. Klotz wird die richtige Antwort kurzfristig Herrn Howe direkt zuleiten. Herr Howe ist damit einverstanden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 Sondergenehmigung für Taxen in verkehrsberuhigter Zone

Herr Howe erkundigt sich, ob es für Taxen eine Sondergenehmigung hinsichtlich des Durchfahrtsrechts in der verkehrsberuhigten Zone „Ostpreußenkai“ gibt.

Antwort:

Herr Senator Boden merkt an, dass ein entsprechendes Durchfahrtsrecht auf dem entsprechenden Schild gekennzeichnet sein müsste (*hier*: Taxen frei o.ä.). Wenn ein solcher Zusatz auf dem Schild nicht vorhanden ist, so dürften die Taxen dort auch nicht durchfahren. Weiterhin gebe es auch keine Genehmigung für einzelne Taxiunternehmen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Markierung Breite Straße (Sondernutzung)

Herr Howe merkt an, Herr Senator Boden habe in der Vergangenheit mitgeteilt, dass in der breiten Straße gegenüber von Karstadt Markierungen erfolgen sollen, welche die Fläche der Sondernutzung abgrenzen.

Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Prüfung sowie einer entsprechenden Information des Bauausschusses zu einer der nächsten Sitzungen zu.

TOP 5.3 Anträge

TOP 5.3.1 Straßenuhren erhalten; Antrag aus der Bürgerschaft vom 29.03.2012 Vorlage: VO/2013/00528

Herr Jaacks teilt auf Nachfrage mit, dass inzwischen alle Uhren, bis auf einer vor dem neuen Park Inn Hotel, aufgebaut sind.

Herr Howe erkundigt sich über die von ihm für den Gustav-Radbruch-Platz vorgeschlagenen Uhr, woraufhin Herr Jaacks mitteilt, dass Herr Johannsen diese auf die Liste zusätzlicher Uhren gesetzt habe. Diese würden aufgebaut werden, wenn sich entsprechende Sponsoren o. ä. finden.

Antrag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die vorhandenen Straßenuhren zu erhalten oder durch entsprechende Uhren des neuen Werbepartners ersetzen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig angenommen und als erledigt betrachtet.

Lübeck, den 13. Juni 2013

Carl Howe
Vorsitz

Patrik Jaacks
Protokollführung